



Q&A: Europäische Debatten zum Thema Migration

Einblicke aus Rumänien:

Ist das Schwarze Meer eine relevante Migrationsroute?

SIMINA GUGA

Bukarest 2017

- Zwischen August und September 2017 landeten 480 Migranten an der Schwarzmeerküste in Rumänien. Ausgangspunkt, die Türkei. Obwohl die Route nicht zum ersten Mal genutzt wurde, war die Zahl groß genug, um eine Debatte über mögliche neue Migrationswege, die Risiken auf See und die Sicherung von Grenzen wieder aufleben zu lassen.
- Angesichts dieser neuen und unerwarteten Situation erklärte die rumänische Innenministerin Carmen Dan¹, dass Rumänien auf einen starken Zustrom von Migranten gut vorbereitet sei; ohne allerdings Einzelheiten zu nennen. Bis jetzt bestehe die einzige Lösung der rumänischen Behörden in der Errichtung von Zeltlagern in den Innenhöfen der Aufnahmezentren². Ministerpräsident Victor Ponta bestätigte bereits 2015 einen Mangel an angemessenen Unterbringungsmöglichkeiten. Damals verpflichtete sich Rumänien zur Aufnahme von bis zu 4180 Asylsuchenden. Seitdem hat sich jedoch wenig getan.
- Die neuen Ankunfts zahlen lösen nun Spekulationen darüber aus, ob das Schwarze Meer eine relevante Migrationsroute werden kann. Obgleich es Stimmen gibt, nach denen es für endgültige Schlussfolgerungen noch zu früh sei, könnten die Teil-Schließung der Balkanroute und die militarisierte Grenzpolitik Ungarns das Schwarze Meer tatsächlich in ein neues Tor zur Europäischen Union, über Rumänien, verwandeln. Die aktuellen Ereignisse lassen sich jedoch immer noch als Testphase einordnen und versprechen – zumindest für die Wintermonate – keine größeren Ankunfts zahlen.

Warum ist Rumänien nur ein Transitland?

Rumänien ratifizierte im Januar 1991 das Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aus dem Jahr 1951. Daraufhin begann das Land mit dem Aufbau eines Asylsystems durch die Einrichtungen und Verabschiedung von Gesetzen zur detaillierten Regelung des Asylverfahrens, einschließlich der Rechte und Pflichten von Asylsuchenden sowie der Personen, die Anspruch auf internationalen Schutz haben (subsidiärer Schutz und Flüchtlingsstatus).

Bis 2011, mit Anbruch des Arabischen Frühlings im Nahen Osten, wurden in Rumänien relativ wenige Asylanträge gestellt. Viele Asylsuchende verließen das Land entweder noch während des laufenden Asylverfahrens oder kurz nach Gewährung des internationalen Schutzes. Trotz der freizügigen Rechtsregelungen, die Personen unter internationalem Schutz die gleichen Rechte wie rumänischen Staatsbürgern sichern, wurde Rumänien von vielen nur als Transitland betrachtet. Grund dafür waren hauptsächlich das sehr einfache Sozialversicherungssystem des Landes, die begrenzten Möglichkeiten für einen stabilen Lebensunterhalt in Bezug auf Beschäftigung und Löhne, das fehlende Angebot an Sprachkursen und Integrationsprogrammen sowie die unzureichenden Bildungs- und Berufsausbildungschancen. Hinzu kommt ein Rechtsrahmen, der an die spezifische Situation von Flüchtlingen, die keine Ausweisdokumente haben und ihren Familienstand, Bildungsabschluss und Qualifikationen nachweisen sollen, nicht angepasst ist.

Obwohl sich die Situation in den letzten Jahren etwas verbessert hat, prangern Asylsuchende und Personen unter internationalem Schutz den Mangel an Möglichkeiten für eine sichere Zukunft an. Sie verlassen das Land auch weiterhin in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen in Westeuropa.

¹ <https://www.agerpres.ro/justitie/2017/09/15/video-carmen-dan-migrantii-cu-un-minim-risc-sunt-in-centre-cu-regim-inchis-numarul-lor-nu-e-deloc-ingrijorator-12-07-59>

² <http://www.digi24.ro/stiri/actualitate/social/aflux-de-refugiati-in-romania-crisa-de-locuri-de-cazare-solutia-de-avarie-gasita-de-autoritati-793978>

Seit 2011 hat die Anzahl von Asylsuchenden nun erheblich zugenommen; wobei die meisten Anträge von syrischen, afghanischen und irakischen Staatsangehörigen, die über Bulgarien und Serbien kommen, gestellt werden. Aufgrund der historischen, wirtschaftlichen und politischen Verbindungen Rumäniens zu Syrien beantragten die meisten syrischen Flüchtlinge in Rumänien kein Asyl, sondern kamen vielmehr durch das Verfahren der Familienzusammenführung. Dennoch war ihre soziale und wirtschaftliche Lage ähnlich prekär wie die von Asylsuchenden und Personen unter internationalem Schutz.

Bis heute sind nur 728 von den 4180 Personen, zu deren Aufnahme sich das Land verpflichtet hat, über den Umsiedlungsmechanismus nach Rumänien gekommen; die meisten von ihnen aus Griechenland. Nach Gewährung des internationalen Schutzstatus hat die große Mehrheit das Land jedoch wieder verlassen, um zu ihren Familien nach Westeuropa zu ziehen. Wie viele andere Flüchtlinge auch, riskieren sie jedoch nach drei Monaten im Ausland, laut Dubliner Übereinkommen, jederzeit rückgeführt zu werden.

Was geschieht mit den Migrant*innen, die die Schwarzmeerroute nach Europa nehmen?

Bis vor kurzem registrierte Rumänien die einzigen Asylanträge an den Landgrenzen zu Bulgarien, Serbien und Ungarn sowie auf den internationalen Flughäfen des Landes; wobei Anträge auch von Personen gestellt werden konnten, die sich bereits auf dem Territorium Rumäniens befanden – entweder mit persönlichen Ausweisdokumenten oder ohne selbige. Von Migrant*innen wurde das Schwarze Meer als Route umgangen und es gab keinerlei ähnliche Vorkommnisse wie im Mittelmeer oder im Ägäischen Meer. Obwohl etwa 500 Migrant*innen zwischen 2013 und 2015 die Küste Rumäniens erreichten, wurde die Diskussion über diese Tatsache von den weit höheren Zahlen in anderen Ländern überschattet. Offiziellen Angaben zufolge kam 2016 nur eine Person über das Meer nach Rumänien, wodurch dieses Thema weitestgehend aus der öffentlichen Diskussion verschwand.

Am 13. August 2017 erreichte ein Fischerboot mit 69 Menschen an Bord die rumänische Schwarzmeerküste. Eine Woche später kamen noch einmal 70 über die gleiche Route. Am 3. September landeten 87 Migranten und sechs Tage darauf weitere 97. Der rumänische Grenzschutz fing am 13. September ein weiteres Boot mit 157 Menschen an Bord ab, die eine gefährliche Dreitägesfahrt über das Meer von der Türkei her hinter sich hatten. In nur einem Monat erreichten somit insgesamt 480 Menschen, 167 Kinder und 313 Erwachsene aus dem Irak und Iran mit zumeist Kurdisch als Muttersprache, die rumänische Küste. Seit Anfang dieses Jahres versuchten etwa 2000 Menschen Rumänien auf dem Landweg zu erreichen, meistens an der Grenze zu Bulgarien und Serbien. Damit hat sich ihre Zahl im Vergleich zu 2016 verdoppelt.

Von den 480 Migranten, die auf dem Seeweg kamen, wurden 10 beschuldigt Schleuser zu sein und in Untersuchungshaft genommen. Den Aussagen der Migranten zufolge gingen alle in der Türkei an Bord und zahlten zwischen 2500 und 3000 Dollar, um in die Europäische Union gebracht zu werden. Einige, die das eigentliche Ziel kannten, sagten, dass die Fahrt nach Italien bis zu 6000 Dollar gekostet hätte. In ihrem Heimatland hatten die meisten ihren gesamten Besitz verkauft, um sich auf dieser gefährlichen Route auf den Weg machen zu können. Nach Aussagen des Grenzschutzes und der Küstenwache befanden sich die Boote in sehr schlechtem Zustand und einige Manöver dauerten aufgrund des widrigen Wetters mehrere Stunden, wodurch die Annäherung an die treibenden Boote sehr erschwert wurde.

Nach zwei Tagen im Gewahrsam der rumänischen Küstenwache wurden die Migranten an das Generalinspektorat für Einwanderung (GIE) überstellt. Es besitzt die Entscheidungsgewalt darüber, wohin sie gebracht werden sollen und welche Verfahren einzuleiten sind. Die meisten Migranten hatten keinen Reisepass, keine Reiseunterlagen oder Personalausweise bei sich. Nach amtlichen Informationen seitens des GIE beantragten bei der Ankunft nur 67 Personen Asyl, die daraufhin auf Aufnahmelager für Asylsuchende im ganzen Land verteilt wurden.

Die meisten anderen Migranten sollten rückgeführt werden und wurden in (Haft-) Lagern in Otopeni/Bukarest und Horea/Arad untergebracht. Erwachsene und Kinder, körperlich und geistig behinderte Kinder, Kleinkinder, Kranke, schwangere Frauen und andere schutzbedürftige Personen wurden für die Zeit, in der sie auf ihre Abschiebung warteten, in Gewahrsam genommen. Menschen, für die es in den Haftlagern keinen Platz mehr gab, bekamen den Status geduldeter Personen und wurde im Holiday Village Mamaia, einem Resort am Schwarzen Meer, das nach der Urlaubssaison leer stand, vorübergehend untergebracht. Ihre Verpflegung und Unterbringung finanzierte der Jesuitische Flüchtlingsdienst – eine NGO mit einem Projekt zur Betreuung geduldeter Personen. Ohne dieses Projekt wären fast 100 Menschen zu einem Dasein auf der Straße gezwungen gewesen, da der rumänische Staat geduldeten Personen weder Verpflegung noch Obdach gewährt. Nach 30 Tagen im Resort wurde ihnen mitgeteilt die Unterkunft räumen zu müssen. Die meisten von ihnen beantragten daraufhin Asyl und wurden in ein Aufnahmelager für Asylsuchende verlegt, während andere auf sich allein gestellt nach einer Lösung suchen mussten.

Vermutlich betrachtete keiner der Migranten Rumänien als Zielland. Einige wollten weiter nach Westeuropa oder Skandinavien zu Angehörigen oder Freunden, weshalb sie es ablehnten Asyl zu beantragen und ihre Fingerabdrücke in der EURO-DAC-Datenbank abspeichern zu lassen. Manche erklärten, dass sie auf die Boote gelockt wurden und eigentlich ausgehandelt hatten, nach Italien gebracht zu werden. Wiederum andere wussten, dass sie nach Rumänien kommen würden, dachten aber, dass ihre Weiterreise in westliche Länder einfacher vonstattengehen würde – wobei sie nicht bedachten, dass Rumänien nicht zum Schengen-Raum gehört und die Balkan-Route teilweise geschlossen ist. In nur wenigen Tagen machten sich die meisten auf den Weg Richtung Westeuropa über Ungarn. Einige wurden an der ungarischen Grenze abgefangen und zurück in die Aufnahmelager gebracht. Nur wenige blieben und durchliefen das Asylverfahren. Familienangehörige von Personen in einem Zentrum für die vorübergehende Unterbringung berichten davon, dass

ihre Verwandten zwar um Asyl ersucht hätten, ihre Anträge dann aber nicht registriert worden seien – was die Behörden allerdings nicht bestätigten, da dies dem rumänischen Asylrecht widerspricht. Letztendlich wurde einige überzeugt an freiwilligen Rückführungsprogrammen teilzunehmen, und nur wenige wurden, unter Gewährung der Rechtsstellung geduldeter Personen aufgrund ihres ernststen Gesundheitszustandes, entlassen.

Bleibt die Zuwanderungsrouten über das Schwarze Meer auch weiterhin Thema in Rumänien?

Als das erste Boot im August 2013 die rumänische Küste erreichte, erweckte die Zuwanderungsrouten über das Schwarze Meer die Aufmerksamkeit der Medien in Rumänien – und nachfolgende Boote dann auch das internationale Interesse. Obwohl die Gesamtzahl an Menschen, die Rumänien auf diesem Weg erreichten, im Vergleich zu den Hunderttausenden, welche die gefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland wagten, gering ist, könnte es sich dennoch um eine signifikante Entwicklung handeln. Trotz der tatsächlich nur 480 Personen, die über das Meer nach Rumänien kamen, spricht die staatliche Nachrichtenagentur der türkischen Regierung, Anadolu Agency, von mehr als 834 Menschen in 7 Booten, die vom türkischen Grenzschutz aufgegriffen wurden und nach Rumänien unterwegs waren.

„Obwohl es noch zu früh ist von der Eröffnung einer neuen Migrationsroute zu sprechen, deuten die jüngst auf dem Schwarzen Meer aufgegriffenen Holzboote mit Migranten darauf hin, dass Schleuser diese Route vielleicht wieder reaktivieren könnten,“ sagte Frontex-Sprecher Krzysztof Borowski. Er fügte hinzu, dass sich Migranten für diese Route entscheiden könnten, weil die Überfahrt über das Mittelmeer immer schwieriger geworden ist, obwohl das Schwarze Meer aufgrund des rauen Seegangs, der starken Winde und sehr niedrigen Temperaturen in der kalten Jahreszeit weitaus gefährlicher ist. Ferner betonte er, dass Schleuser womöglich neue Routen erproben.

Inmitten all dessen schweigen die rumänischen

Behörden weitgehend. Seit August dieses Jahres hält sich die Einwanderungsbehörde mit der Lieferung von Informationen über Migranten, die auf dem Seeweg eintreffen, zurück; vielleicht weil man hofft, dass dieses Problem schnell wieder aus der öffentlichen Debatte verschwindet. In Wirklichkeit ist Rumänien weit davon entfernt, auf die zusätzliche Aufnahme von Migranten vorbereitet zu sein; wobei das gesamte System schon längst zusammengebrochen wäre, hätte Rumänien nicht den Status eines Transitlandes, d. h. eines Landes, das die meisten Asylsuchenden und Personen unter internationalem Schutz sobald als möglich zu verlassen versuchen.

Alles in allem könnte es noch zu früh sein, um von klar erkennbaren Veränderungen in Bezug auf die Migrationsroute zu sprechen, bei denen das Schwarze Meer als eine künftige Option erkundet wird. Auch ist es nicht realistisch, Rumänien als ein Zielland, in dem sich Migranten niederlassen und ein solides Leben führen wollen, zu bezeichnen.

Seit Ankunft des letzten Bootes mit 157 Menschen an der rumänischen Küste am 13. September 2017 versuchten weitere Migranten ihnen zu folgen, und die ersten Tragödien machten Schlagzeilen. So kenterte am 22. September ein Boot auf dem Weg nach Rumänien nahe der türkischen Nordküste, und es ertranken 25 Menschen. Wegen des unwirtlichen Klimas auf See und der niedrigen Temperaturen im Frühherbst in Rumänien werden zumindest bis zum Ende der kalten Jahreszeit keine Boote mehr erwartet. Darüber hinaus könnten auch die unzureichenden Aufnahmebedingungen in Rumänien und die große Zahl an Personen (etwa 1500 seit Beginn dieses Jahres), die bei dem Versuch, nach Ungarn ohne Ausweisdokumente zu gelangen, aufgegriffen wurde, diejenigen ermutigen, die womöglich das Schwarze Meer als Tor zu Westeuropa oder Alternative zu anderen traditionellen Routen betrachten.

Über die Autorin

Simina Guga hat ein abgeschlossenes Studium in Soziologie, Anthropologie und Islamwissenschaft. In den letzten zehn Jahren arbeitete sie hauptsächlich mit mehreren NGOs aus Bukarest als Beraterin für Einwanderung und Flüchtlinge. Derzeit ist sie auch Trainerin für Angestellte aus öffentlichen Institutionen, die Migranten beim Zugang zu öffentlichen Sozial- und Gesundheitsdiensten unterstützen.

Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung
Regionalprojekt „Flucht, Migration, Integration in Europa“
Herausgeber: Regionalprojekt „Flucht, Migration,
Integration in Europa“

H-1056 Budapest, Fővám tér 2-3 Hungary

Tel.: +36-1-461-60-11
Fax: +36-1-461-60-18
E-Mail: fesbp@fesbp.hu
www.fesbp.hu/migration

Verantwortlich: Timo Rinke

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Der Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Zusammenarbeit sind unsere Ideale. Als „Dienstleister der sozialen Demokratie“ wollen wir zu mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit in Staat und Gesellschaft sowie zur gegenseitigen Verständigung in einem gemeinsamen Europa, beitragen. Diese Prinzipien spiegeln sich in unserem Partnerspektrum aus Politik, Gewerkschaften, Medien und Gesellschaft wieder

Regionalprojekt "Flucht, Migration, Integration in Europa"

Das Regionalprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Flucht, Migration, Integration in Europa“ setzt sich für die Stärkung einer gemeinsamen Europäischen Migrations- und Asylpolitik ein. Im Mittelpunkt stehen Fachkonferenzen, Politikanalysen und wissenschaftliche Beiträge die ein besseres Verständnis für – nationale, regionale und europaweite - Migrationsdiskurse schaffen sollen. Hieraus leiten sich auch konkrete Handlungsempfehlungen für Entscheidungsträger ab. Im Bereich Integrationspolitik identifiziert das Projekt Integrationserfahrungen von Migranten und Geflüchteten mit dem Ziel Best Practice Beispiele transnational zu vernetzen. Das Projekt läuft seit März 2017, der Projektstandort ist Budapest.